



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 20. März 1910.

(Zur Lage der Wahlrechtsreform. Motive der Regierung. Stimmungsventile. Neue Erbitterung. Die letzten Reichstagsverhandlungen.)

Vor acht Tagen konnten wir an dieser Stelle noch die Hoffnung aussprechen, die preußische Staatsregierung werde den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses in der Wahlrechtsfrage nicht zustimmen. Inzwischen hat sich die Staatsregierung bei Gelegenheit der dritten Lesung dahin erklärt, daß die grundsätzlichen, von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschlossenen Bestimmungen jedenfalls nicht als unannehmbar angesehen werden. Unsere Hoffnung ist also getäuscht worden; das müssen wir zunächst klar und offen aussprechen. Es würde aber, so wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, der Sache des Vaterlandes, der wir dienen möchten, nicht zum Vorteil gereichen, wenn wir diese Entscheidung der Regierung im Ton leidenschaftlicher Anklage behandeln, obgleich wir von schweren Bedenken hinsichtlich der Folgen dieser Wendung erfüllt sind.

Wir dürfen uns vielmehr nicht hindern lassen, die Motive der Regierung ruhig zu prüfen. Wenn man sich in die Frage vertieft, wie diese oder jene besondere Einrichtung im Wahlverfahren voraussichtlich wirken werde, so kann man in einzelnen Fällen sehr merkwürdige Erfahrungen machen. Es werden derselben Bestimmung genau entgegengesetzte Wirkungen zugeschrieben. Die direkte Wahl — so sagt der eine — begünstigt die Liberalen, denn sie befördert die stärkere Agitation, den einzigen Weg, auf dem die starke Stellung der Konservativen in Preußen erschüttert werden kann. Nein, sagt der andre, diese Agitation ist gerade das, was der Liberalismus in Preußen zu fürchten hat, denn hierbei erliegt er auf dem Lande den Konservativen, in den Städten der Sozialdemokratie; sein Weizen blüht bei der indirekten Wahl, wo das Schicksal des Kandidaten den Wechselfällen stürmischer Wahlversammlungen mehr entzogen und in die Hand der ruhiger und selbständiger urteilenden Wahlmänner gelegt wird, wo mehr die Ansicht, die grundsätzliche Parteilstellung des Bewerbers als seine Persönlichkeit entscheidet. Das nur ein Beispiel! Gewiß wird sich jeder über diese und ähnliche Fragen eine bestimmte Meinung zu bilden suchen, aber wer möchte sich vermessen, mit absoluter Sicherheit zu behaupten, daß er mit seiner Berechnung der Wirkungen recht hat? Es fließen da zu viele unberechenbare Momente ineinander. Sehr begreiflich ist es jedoch, wenn gerade in Regierungskreisen eine Denkweise überwiegt, die aus dem reichhaltigen statistischen und sonstigen Material, das an diesen Stellen gesammelt wird, möglichst zu positiven Ergebnissen zu gelangen sucht und zuletzt, je gewissenhafter die vorangegangene Untersuchung gewesen ist, desto fester davon überzeugt ist, daß auf bestimmte Maßregeln ganz bestimmte Folgen eintreten werden. So ist es nicht Engherzigkeit und Rückständigkeit, was die Regierung vor der Kombination des geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen zurückschrecken läßt, sondern die bestimmte Annahme, daß gewisse Änderungen des Wahlrechts notwendig Schädigungen von Staatsinteressen herbeiführen müßten.

Wir verstehen vollkommen, wie eine solche Auffassung insbesondere aus den Erfahrungen der Staatsverwaltung erwachsen konnte, aber wir können uns ihr nicht anschließen. Daß bestimmte Einrichtungen des Wahlrechts genau berechenbare Wirkungen hervorbringen, bezweifeln wir überhaupt. Gewisse Befürchtungen können sich vielleicht zeitweise bewahrheiten, aber ein Wahlgesetz kann nicht der Tagespolitik dienen. Wenn man nicht das Vertrauen hat, daß die Vorschläge, die man

machen will, für einen längeren Zeitraum geeignete Grundlagen zur Schaffung einer Volksvertretung bilden können, dann sollte man sie lieber überhaupt unterlassen. In einer längeren Zeit ändern sich Menschen und Verhältnisse, Zeitströmungen und Ideen so vollständig, daß die sorgfältigsten und begründetsten Berechnungen sehr bald verfallen. Den Wahlrechtsbestimmungen im einzelnen ist in Wirklichkeit nicht die Bedeutung beizulegen, die der Streit der Parteien ihnen beimißt. Das moderne Volksleben ist so komplizierter Natur, daß es ein Wahlrecht, das allen berechtigten Bedürfnissen genügt, nicht gibt. Andererseits haben wir den Trost, daß es zwar vorkommen kann, daß ein Wahlsystem in einzelnen Punkten einen allzu fühlbaren Widerspruch gegen die wirkliche Konstitution des Volkskörpers darstellt, daß aber — gerade wegen der Kompliziertheit des modernen Lebens — eine wirklich herrschende Zeitströmung oder Volksstimmung immer Mittel und Wege finden wird, sich bei den Wahlen zur Geltung zu bringen.

Auf die Gefahr hin, manchen zu ermüden, müssen wir immer wieder auf die bekannte, auch vom Ministerpräsidenten in seiner Einführungsrede zur Wahlrechtsvorlage betonte Tatsache hinweisen, daß Preußen während der Konfliktzeit unter der Herrschaft desselben Wahlrechts, das jetzt als die Quelle einer einseitigen konservativen Parteiherrschaft verschrien wird, eine überwältigende liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus gehabt hat. Hierbei muß man sich auch klar machen, daß zeitbeherrschende Ideen nicht die Schranken innehalten, die eine subtile Berechnung aus der Beobachtung sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse aufbauen zu können glaubt. Da zerbrechend sich die Leute die Köpfe, wen sie in eine höhere Wählerklasse setzen sollen, oder wie der Mittelstand nach oben und unten abgegrenzt werden soll. Sehr schön! Aber volkstümliche Ideen lassen sich nicht in die Rubriken bannen, in denen sie von der Theorie vermutet und von der Statistik gebucht werden. Unter den Liberalen der Konfliktzeit befanden sich zahlreiche Persönlichkeiten, die nach Abkunft und sozialer Stellung unter die „Sunter“ gehörten. Der Bund der Landwirte verdankt seinen ersten Aufschwung zu politischer Macht zum großen Teil der begeisterten Mitarbeit national gesinnter Nichtlandwirte, die durch bestimmte Zeitverhältnisse getrieben wurden, sich um die Bannerträger des Schutzes der deutschen Landwirtschaft zu scharen, wie denn die rührigsten und erfolgreichsten Führer der Agrarier noch heute Leute ohne Ar und Galm sind. Wenn wir im preußischen Abgeordnetenhaus nicht schon in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine recht beträchtliche sozialdemokratische Fraktion gehabt haben, so verdanken wir das nur der Taktik der Wahlenthaltung, die gleichfalls aus einer Überschätzung der Wahlrechtsformen entsprang. Das Wahlrecht hätte die Sozialdemokraten nicht gehindert. Denn es gab bereits eine Zeit, wo die Mitläufer der Sozialdemokratie nicht nur unter den Verärgerten und den Nörglern zu finden waren, sondern auch in großer Zahl unter ganzen Kategorien von Gebildeten, deren sozialreformerscher Idealismus sie hinderte, die Grenze richtig zu erkennen, die sie von dem ausgeprägten Klasseninteresse der Männer mit der schwierigen Faust trennte.

Nach unsern Ausführungen könnte es scheinen, als ob wir der Frage der Wahlrechtsreform überhaupt gar keine Bedeutung beilegen. So meinen wir es nicht. Wir bekämpfen nur die Ansicht, als ob sich aus bestimmten Eigenheiten des Wahlsystems bestimmte Erscheinungen in der Zusammensetzung der Volksvertretung ableiten oder gar im voraus berechnen ließen. Dagegen haben die Formen des Wahlrechts ihre Bedeutung als Stimmungsventile, als taktische Mittel, vor allem als eines der taktischen Mittel, um das Verhältnis zwischen

Regierung und Volk auszugleichen. Schon aus diesem Gesichtspunkt muß es als ein Fehler gelten, ein Wahlrecht, das vor sechzig Jahren als Ergebnis ganz anders gearteter politischer Kämpfe geschaffen worden ist, so lange Zeit unverändert festzuhalten, wenn bedeutungsvolle wirtschaftliche und soziale Veränderungen einmal das Gefühl verbreitet und verschärft haben, daß es nicht mehr in die heutigen Verhältnisse paßt.

Wer sich auf unsern Standpunkt stellen will, wird einsehen, warum wir es von Anfang an lieber gesehen hätten, wenn die Regierung in der Wahlrechtsvorlage trotz allen Bedenken von vornherein mehr gegeben hätte. Nachdem aber einmal die Entscheidung anders gefallen war und in der Vorlage die Vorsicht die kühne Initiative verdrängt hatte, war es nicht so wichtig, daß irgend etwas sogleich zustande kam, als vielmehr, daß der taktische Zweck erreicht wurde. Nach unserer Meinung konnte dieser taktische Zweck — nachdem der erste und wichtigste, ein Moment beständig störender Agitation und Parteiverhegung zu beseitigen, verfehlt, oder vielmehr nachdem darauf verzichtet worden war — nur darin bestehen, daß die Stellung der Regierung über den Parteien durch die Einlösung des in der Thronrede gegebenen Wortes und durch die Art der Behandlung dieser Frage verdeutlicht und gestärkt wurde. Daß dieser Zweck gleichfalls verfehlt worden ist, kann leider auch durch die geschickteste Begründung nicht verheimlicht werden. Die Nation sieht nur, daß zwei prinzipielle Vorschläge der Regierung von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses in ihr Gegenteil verkehrt worden sind. Die Regierung sagte „Öffentliches und direktes Wahlrecht“, die Mehrheit machte daraus: „Geheimes und indirektes Wahlrecht“, und die Antwort der Regierung darauf lautet: „Auch gut!“

Dieser Eindruck bleibt. Es war kein Nachgeben in Nebenfragen, sondern in grundlegenden Hauptfragen, und der Standpunkt, daß die Gründe der ablehnenden Haltung der Regierung gegen die geheime Wahl hauptsächlich in der Kombination mit der direkten Wahl zu suchen waren, war vorher niemals angedeutet worden. Warum also die Unterwerfung unter die Mehrheit? So groß ist doch der sachliche Wert der Reform nicht. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses besteht aus Konservativen und Zentrum; denn in der dritten Lesung hatten sich auch die Freikonservativen von der Mehrheit getrennt. Die Regierung nahm also ihre in das Gegenteil verkehrte Vorlage aus der Hand der beiden Parteien allein, gegen die sich die leidenschaftliche Gegnerschaft gerade der Volkskreise kehrte, die durch die Wahlreform beruhigt und von der Gerechtigkeit und Unabhängigkeit der Absichten der Regierung überzeugt werden sollten. Wie das wirken muß, liegt auf der Hand. Die Sache läge vielleicht noch etwas anders, wenn die Konservativen, denen das Zentrum aus guten Gründen ja nur Gefolgschaft leistete, ein wirkliches sachliches Interesse an der Wahlreform hätten. Aber dieses Interesse ist ja auch nur ein taktisches; sie helfen einer ihnen sympathischen Regierung, ein Gesetz, dessen grundsätzliche Gegner sie eigentlich sind, in einer für sie annehmbaren Gestalt — man sprach von „Ausbrechen der Giftzähne“ — durchzubringen. Daraus der Partei einen Vorwurf zu machen, wäre ungerecht. Im Gegenteil, man wird der politischen Geschicklichkeit und taktischen Klugheit der Partei und besonders ihres Führers, des Herrn v. Seydebrand, die Anerkennung nicht versagen können. Aber das verpflichtete die Regierung nicht, sich an die Interessen dieser Partei zu binden. Die Konservativen beschwerten sich darüber, wenn die Regierung, anstatt die Mehrheit zu nehmen, die sie findet, Gesetze ungern gegen die Stimmen mindestens der Nationalliberalen durchführt. Gewiß kann die Regierung eine

Anzahl von Gesetzen auch gegen die Wünsche der Liberalen machen, wenn eine konservative Mehrheit dafür von vornherein da ist. Aber hier liegt die Sache doch anders. Wenn eine Vorlage, die ihrem Inhalte nach auf die Erfüllung von liberalen Wünschen gerichtet ist, — denn Konservative haben niemals eine Wahlrechtsreform verlangt, — von Liberalen gänzlich abgelehnt wird, so muß doch offenbar etwas nicht in Ordnung sein. Deshalb wird man zwingende Gründe, weshalb sich die Regierung der konservativ-kerikalischen Mehrheit angeschlossen hat, nicht finden.

Man darf freilich nicht unterlassen, auch die Gegenfrage zu stellen: Würde die Zurückziehung der Vorlage gewirkt haben? Wir glauben, daß die Einwirkung auf die Dauer und Stärke der Wahlrechtsagitation ungefähr die gleiche geblieben wäre. Wenn Umstände eintreten, die die Bewegung zum Abflauen bringen, so wird es wenig Unterschied machen, ob der jetzige Reformversuch gescheitert ist oder nicht. Die Konservativen, die sich in der Wahlrechtsfrage ohnehin zum Kampfe gerüstet halten müssen, würden das Scheitern dieses ersten Versuchs im Grunde nicht übelnehmen. Vorübergehend wären sie allerdings verstimmt gewesen durch die in der Zurückziehung liegende Rücksicht auf die liberale Opposition. Aber allen diesen vielleicht zweifelhaften Erwägungen hätte der große Vorteil gegenübergestanden, daß die Regierung selbständig und zielbewußt ihre Stellung über den Parteien wahrte und damit an Autorität und Vertrauen zugunsten einer Milderung der Schärfe in den Parteigegensätzen mindestens so viel gewann, als sie an der verlorenen Mühe und Arbeit einbüßte.

So bleibt die Befürchtung, daß die Frucht der ganzen Aktion nicht die erwartete Beruhigung, sondern neue Erbitterung gegen die Herrschaft der „schwarzblauen“ Mehrheit auch in Preußen sein wird. Auch bei den Staatsberatungen im Reichstag hatten die Auseinandersetzungen zwischen rechts und links an Schärfe gewonnen. So noch am letzten Tage der Beratungen vor den Osterferien, wo wieder der unglückselige Herr v. Oldenburg einen Zwischenfall hervorrief. Es muß aber in diesem Falle gegenüber den unglaublich einseitigen Darstellungen der Parteipresse hervorgehoben werden, daß der Abgeordnete Müller-Meinigen den Herrn v. Oldenburg zuerst durch eine sehr taktlose und persönlich verletzende Redewendung provoziert hatte, und daß der Führer der konservativen Fraktion in einer offen und würdig gehaltenen Erklärung die Entgleisung seines Fraktionsgenossen mißbilligte, während sich die Fortschrittliche Volkspartei um eine gleiche Mißbilligung des unpassenden Verhaltens ihres Kollegen herumdrückte.

Einen Lichtblick in dem unerfreulichen Charakter der Reichstagsverhandlungen gewährte das Auftreten des Reichskanzlers in der Debatte über auswärtige Politik, als er in klarer und sehr entschiedener Form für das Auswärtige Amt eintrat. Leider wurde die Mannesmann-Sache noch einmal im Plenum vorgebracht, als ob die Freunde dieser Sache noch immer nicht genug getan hätten, sie zu erschweren und zu schädigen. Die Rede hat gut gewirkt und auch im Auslande das Vertrauen zu unsrer Politik befestigt. Wir können das bei der Lage der innern Politik besonders gut brauchen. Herr v. Bethmann ist jetzt nach Rom gereist; es ist erfreulich, daß er dorthin die Gewißheit mitnehmen darf, seine im Innern so überaus schwierige Stellung wenigstens nach außen hin im Rat der Mächte wesentlich gestärkt zu sehen. Erwähnen möchten wir noch die Ankündigung der Vorlage, die eine Erweiterung der Autonomie Elsaß-Lothringens ins Auge faßt, und die hoffentlich die Entwicklung der Reichslande in die rechte Bahn leiten wird. Reichstag und preussischer Landtag werden nun erst nach Ostern ihre Verhandlungen wieder aufnehmen.

**Reisen unsere Staatsbeamten zu viel?** Das Reisekostengesetz, das in einer Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses beraten wird, will einmal mit der berühmten Sparsamkeit Ernst machen. Sehr lobenswert und richtig. Doch muß eins dabei verhindert werden, daß der notwendige Reiseverkehr der Staatsbeamten beeinträchtigt werde. Wir haben in unsern Aufsätzen zur Reform der preußischen Verwaltung bereits eingehender darüber geschrieben (vergl. Nr. 3, 4, 5, 7, ferner 15 u. 16). Bei der Verwaltungsreform wird besonderes Gewicht darauf gelegt, das riesenhaft angeschwollene Schreibwerk zu mindern und, wo immer es geht, zum mündlichen Verfahren zu greifen. Mündliche Verständigung der Referenten verschiedener Verwaltungs- und Regierungsabteilungen und Ministerien erspart dicke Aktenkonvolute; unmittelbare Einsicht in die Verhältnisse an Ort und Stelle verschafft erheblich mehr Klarheit und namentlich auch rascheren Aufschluß als die bestgemeinten und umfangreichsten Berichte und Relationen. Es gibt nur noch wenige Verwaltungsbeamte, die der Vielschreiberei anhängen und die nicht ein kurzes Schlußprotokoll für die Akten dem langwierigen schriftlichen Meinungsaustausch vorziehen. Der Beamte soll auch gelegentlich aus seinem Bureau heraus, denn der Anschauungsunterricht ist das Beste auf der Welt und Verkehr mit dem Publikum draußen schleift die Ecken ab und beseitigt Mißverständnisse und Vorurteile auf beiden Seiten. Alles das ist aber nicht ohne Reisen zu machen, und wenn die Parlamentarier mit vollem Rechte betonen, daß ihnen die Reisegelegenheit nach Kräften erleichtert werden möge, damit sie sich in der Welt umsehen, so werden sie auch dafür Sinn und Verständnis haben, daß den Staatsbeamten der Reiseverkehr nicht erschwert werde. Wir sehen eine gewisse Gefahr in dem Reisekostengesetz darin, daß nach seiner Annahme in vorliegender Form das Reisen der Beamten eine Einschränkung erfahren würde und damit wieder das schriftliche Verfahren begünstigt, der unmittelbare Verkehr zwischen Bureaufratie und Öffentlichkeit beeinträchtigt werden könnte. Denn in bestimmten Gegenden des Landes, z. B. Rheinland und Westfalen, ist, um nur eine Beamtenkategorie herauszugreifen, ohne für andere einen andern Maßstab anzuerkennen, mit 15 Mark Tagegeldern nur bei Entbehrung eines bescheidenen und billigen Komforts und nur mit recht geringen Ansprüchen an Unterkunft und Verpflegung auszukommen. Es mag ja rechnerisch hoch veranlagte Beamte geben, die ganz billig zu wohnen und zu essen verstehen; aber es fragt sich, ob sie bei den Verhandlungen mit den Vertretern großer Unternehmen und kommunaler Behörden das Maß von Freiheit und Unbefangtheit behalten, wenn sie sich wegen Kost und Logis mit den herabgesetzten Diäten und wegen der Fahrkarte mit der Oberrechnungskammer herumschlagen müssen. Wird das Reisen zum finanziellen Risiko und zum Argernis, so wird wahrscheinlich weniger gereist werden. Man läßt die Leute, wo es eben angängig ist, zu den Behörden kommen oder greift wieder auf das schriftliche Verfahren im Übermaß zurück. Ob das aber am letzten Ende eine Ersparnis für das Staatswesen darstellen würde, das steht sehr dahin. Unmittelbar bei dem Ausgabenetat kann es stimmen, aber vielleicht nicht bei der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Abrechnung, und auf diese möge man doch auch bei dem künftigen Reisekostengesetz im Staats- und Gemeininteresse achtgeben. D.

**Moderne Judenverfolgung.** Von jeher war Ostern die Zeit, in der fanatisierte Haufen glaubten an den Juden Rache nehmen zu müssen dafür, daß sie den Heiland hinhinrichten ließen. Der Schauplatz der Judenverfolgungen wird mit der steigenden Kultur kleiner und hat sich immer mehr nach Osten verschoben.

Seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts liegt er in Rußland und Rumänien. In Rumänien sind wirtschaftliche Gründe die Hauptursache der Judenverfolgung, in Rußland politische. In Rumänien ist der vom jüdischen Pächter ausgebeutete Bauer wirklicher Antisemit und Träger der Verfolgung; in Rußland, wo der Jude durch tausend Gesetzesstranken ängstlich vom Bauern getrennt lebt, sind es in erster Linie Kirche und Polizei, die den Antisemitismus pflegen und den Boden für Judenverfolgungen vorbereiten — wirtschaftlicher Antisemitismus beschränkt sich auf gewisse Orte, mit bestimmten, eigenartigen Wirtschaftsverhältnissen. „Die Judenpogrome in Rußland“ (Jüdischer Verlag, G. m. b. H. Köln und Leipzig. 1910. XXI und 940 S. Preis 8 Mark,) ist nun der Titel eines zweibändigen vom Zionistischen Hilfsfonds in London herausgegebenen Werkes, das die Erforschung der Gründe der russischen Judenverfolgungen zum Zweck hat. Der erste Band schildert die Entwicklung der Pogrome im allgemeinen, der zweite enthält zahlreiche Einzeldarstellungen von Judenverfolgungen. Wenn die Frage der jüngsten Judenverfolgungen überhaupt von einer Seite einwandfrei dargestellt werden könnte, so dürften die Darsteller weder Juden noch Russen sein. Aber es wird auch für Fernerstehende äußerst schwer sein, heute schon sachlich über die Vorgänge zu urteilen; uns allen, die wir der Frage Interesse entgegenbringen, fehlt der historische Abstand und — die Kenntnis vielen Quellenmaterials. Bleiben wir uns dessen bewußt und erinnern wir uns, daß die Zionisten ganz bestimmte Ziele verfolgen und demgemäß auch durch ihre Untersuchung bestimmte Wirkungen hervorrufen wollen, so können wir das vorliegende Werk dennoch jedem empfehlen, der seine Kenntnisse über russische Zustände, die weit über den Rahmen des jüdischen Interesses hinausgehen, erweitern will. Es ist natürlich, daß die Herausgeber alle Schuld an den Pogromen der russischen Regierung in die Schuhe schieben wollen. Sie haben darin auch recht, wenn man die törichten Ausnahme Gesetze von 1882 berücksichtigt. Mit diesen Gesetzen allein ist indessen das Unheil nicht erklärt. Die Juden haben unter dem Druck jener Gesetze und unter dem Einfluß der Auswanderung bereits eine Generation erzeugt, die sich nicht mehr stillschweigend totschlagen läßt. Seit der Organisation sozialistischer Parteien, deren stärkste, der Bund in Litauen, schon seit 1896 großen Einfluß hat, ist in vielen Fällen nicht immer streng zu unterscheiden, ob die Judenpogrome lediglich auf die antisemitische Heße oder auf eine bewußte Provokation durch sozialdemokratische Agitatoren zurückzuführen ist. In dieser Richtung aber versagt die Arbeit. Im Interesse der Stellung der Juden nicht nur in Rußland, sondern auch in der Welt überhaupt, ist die Unterlassung sehr zu bedauern. Denn in Rußland, besonders in Litauen und Westrußland, kämpfen die Juden um ihre nationale Eigenart einen Kampf, der reich ist an heroischen Taten und Opfern. Wozu den Ruhm eines Volkes künstlich schmälern? Wozu den Juden als feige, tatenlos, untriergerisch hinstellen, wo er tapfer, tatkräftig und kriegerisch um eine Besserung seiner Lage kämpft? Vor dem feigen Juden wird niemand Achtung haben, vor dem Juden aber, wie ich ihn in Litauen vor und während der russischen Revolution kennen lernte, muß auch der Antisemit den Hut ziehen. Die Judenfrage in Rußland soll im Laufe des Sommers in den „Grenzboten“ eingehend behandelt werden. Heute möchte ich nur das vorliegende Werk wegen seines Reichthums an zuverlässigem Tatsachenmaterial zur Anschaffung in den Bibliotheken empfehlen. G. Kleinow

**Die Weltwirtschaft.** Ein Jahr- und Lehrbuch, herausgegeben von E. von Halle. III. Jahrgang 1908. III. Teil: Das Ausland. Leipzig 1909. Verlag von B. G. Teubner. (Geheftet 5 M., gebunden 5,80 M.)

Grenzboten I 1910

72

Der vorliegende dritte Teil des dritten Jahrgangs des bekannten Sammelwerkes enthält eine Reihe statistischer Abhandlungen aus der Feder hervorragender Sachkenner, deren Namen für die Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Angaben bürgen. Wie früher, so sind auch in diesem Jahrgange wieder das britische Reich und die britischen Kolonien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Österreich, Frankreich, die Schweiz, Spanien, Italien und Ostasien behandelt worden. Neu gegenüber dem zweiten Jahrgang ist ein Beitrag für Mittel- und Südamerika. Dagegen fehlt leider ein Aufsatz über Ungarn, der von dem betreffenden Mitarbeiter trotz vorheriger Zusage nicht geliefert worden ist. Die Darstellung erstreckt sich auf Landwirtschaft und Fischerei, Industrie und Handel, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Verkehrswesen (insbesondere Eisenbahnen und Schifffahrt), Finanzen, Arbeiterverhältnisse, Arbeitsmarkt und gewerbliche Organisation, Preis- und Lohnbewegung sowie Streiks und Syndikatsstätigkeit und schließlich Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Gesetzgebung. Anhangsweise ist ein Aufsatz über die Finanzen der europäischen und wichtigeren außereuropäischen Staaten angefügt, die neben knappen Einzelübersichten einige wertvolle Vergleiche enthält. Georg Jahn=Leipzig

**Von Schiller.** Die Geschichte von Schillers Nachleben in Deutschland, die ein auch mit allem Lob nicht genug zu preisendes Werk von Albert Ludwig („Schiller und die deutsche Nachwelt“. Von der Kaiserl. Akademie d. Wissenschaften zu Wien gekrönte Preisschrift. Berlin, Weidmann, 1909 [XII + 679 S.]) voll gründlichster Kenntnis aus erschöpfender Benutzung all des weitächtigen Materials darstellt, weist uns, daß dem geborenen Dramatiker zu einer Zeit, da die Kritik der Erfassung seiner Bedeutung noch nicht reif war, doch bereits vom Theater her eindringlichste Wirkung beschieden war. Da jubelte das Publikum dem Dichter zu, wenn er sich im Komödienhause sehen ließ, begegnete ihm mit Huldigungen, darin sonderlich die zum nahen Lauchstädt pilgernde Hallenser akademische Jugend ein Erkleckliches leistete. Ein paar Jahre später riefen, wiederum vom Schaugerüst her, seine Worte in nun zeitgemäßer Bedeutung zur Befreiung vom napoleonischen Tyrannenjoch. Und abermals ward der Dichter aktuell, der trotz aller seinem Werk von der Reaktion bereiteten Zensurschwierigkeiten nicht von der Bühne geschwunden war; das war in der Zeit zwischen den Revolutionen 1830 und 1848, da die Parteien im Rüttschwur und in des sterbenden Attinghäusers Mahnung ihr eigenstes Sehnen nach einem einigen Reiche ausgedrückt sahen. — Daß der Dichter auch ohne solche aus Zeitverhältnissen resultierenden Nebenwirkungen seines Publikums sicher war, wenn er von der Bühne herab sprach, erwies sich zuzeiten, da er von der Literaturwissenschaft fast einstimmig hinter Shakespeare zurückgesetzt wurde, in den Einstudierungen Laubes und Dingelstedts, der Neubelebungen seiner Dramen durch die Meininger, es zeigte sich endlich auch, nach der kurzen Herrschaft des Naturalismus, in der „Schillerrenaissance“ der letzten zwei Jahrzehnte, von Brahms' „Don Carlos“ und dem 1887 neu eingeübten „Wallenstein“ des Schauspielhauses bis zu den Aufführungen des Jubiläumsjahres 1905. — Aber über dieser Wirkung des Dramatikers scheint oft vergessen, daß Schillers Werk in seinen Theaterdichtungen nicht beschlossen liegt. Insonders ist gewisser Kreise Abneigung gegen Schiller daraus zu erklären, daß ihnen Aufführungen seiner Stücke, für die der gegenwärtigen Bühne ein einheitlicher Stil fehlt, nicht behagen; und seinem weiteren Schaffen nachzugehen, dünkt der Mühe unwert. Schuld daran tragen nicht zum wenigsten die üblichen „Schiller-Auswahlen“, an deren Statt nur selten eine vollständige Sammlung der Werke angeschafft wird. Diesem Zustand

abzuhelfen, ist neben der Cottaschen Jubiläumsausgabe und einer (bei Hesse in Leipzig) im Erscheinen begriffenen historisch-kritischen Ausgabe vielleicht vornehmlich dem Bongschen Neudruck auf Grund der Hempelschen Ausgabe („Goldene Klassiker-Bibliothek“. Schillers Werke. Vollständige Ausgabe in 15 Teilen [8 Bände]. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin-Leipzig-Wien-Stuttgart) beschieden. Auch in der billigsten Ausstattung — 8 Leinenbände für 14 Mark — gut, bietet sie das gesamte Schaffen des Dichters, dessen mit Einzeleinleitungen und Anmerkungen versehenen Werken der Herausgeber Arthur Kutschler eine freilich von Irrungen nicht freie biographische Studie voranstellt. Befremdlich wirkt die Anordnung der einzelnen Teile. Möchte man schon nicht zu einer chronologischen Folge schreiten, die unter Verzicht auf die übliche Gruppierung in „Gedichte“, „Dramen“, „Prosaschriften“ alles Vorhandene nach der Zeit des Entstehens zu geben und so einen Blick über die Entwicklung der ganzen künstlerischen Persönlichkeit Schillers und die Zusammenhänge seines Dichtens mit der wissenschaftlichen Arbeit eröffnet hätte, so wäre es doch wenigstens ratsam gewesen, die Dokumente zu einzelnen Werken — Briefe, Berichte, Vorreden, Bearbeitungen — den Dichtungen auch gleich anzufügen, statt sie besonders abzudrucken und damit eines erzieherischen Moments sich zu begeben. Denn zweifellos hätte dann mancher Leser sich mit all diesen Dingen eher vertraut gemacht, die er nun mitsamt dem betreffenden Bande, in dem sie enthalten sind, einfach beiseite läßt. So ist die Gefahr einer bloßen „Auswahl“ des Gebotenen doch nicht beseitigt. Vielleicht aber läßt sie sich für neue Auflagen vermeiden. Könnte dann durch andere Anordnung auch der äußere Umfang der einzelnen Teile und Bände ein wenig einheitlicher gestaltet werden, so gehörte dem Verlag größte Anerkennung für sein Streben, mit seiner konkurrenzlos billigen Ausgabe auch strengsten Anforderungen gerecht zu werden.

Dr. Hans Lebede.

**Die Renaissance in Briefen** von Dichtern, Künstlern, Staatsmännern, Gelehrten und Frauen. Bearbeitet von Lothar Schmidt. 2 Bde. 212 und 298 S. Klinckschmidt & Biermann, Leipzig. 10 M.

Seitdem das Altertum an Bildungskurs eingebüßt hat, ist die Renaissance in Mode gekommen. Die Herrenmenschen sollen in jener Gegend duzendweis geblüht haben, Grund genug für alle, denen die Sehnsucht nach dem „freien Menschentum“ und ähnlichen verlockenden Aussichten das Herz bewegt, das Gastmahl der Borgia oder die Verbrennung Savonarolas schauernd aber neugierig nachzuerleben. Wer über Burckhardt oder Gobineau hinaus zu den Quellen steigen will, dem dienen heut schon eine ganze Anzahl neuerer Publikationen, unter denen die vorliegende Brieffammlung zweifellos eine der lesenswertesten ist. Gerade weil sie in manchem Sinne enttäuschen wird, empfehle ich sie. Denn diese Poeten, Humanisten und Kaufleute, die Fürsten und Diplomaten geberden sich in ihren streng stilisierten Episteln so sehr wenig als Übermenschen und so sehr viel mehr als besessene Tugendmänner und kluge Anstandsleute, daß es schwer fällt, ihnen auf Grund dieser Selbstzeugnisse die absolute Selbstherrlichkeit zuzusprechen. Man lese, wie verständig etwa Lorenzo Medici kurz vor seinem Tode den Sohn Giovanni, den jungen Kardinal und späteren Leo X., zum guten Lebenswandel ermahnt. Und selbst Aretino, der göttlich gemeine Revolverjournalist, der erste seines Zeichens — wie ehrbar kann er sich geberden, freilich auch wie unmittelbar lebendig. Bei den allermeisten Briefen, namentlich den lateinisch empfundenen, liegt die Wohlredenheit, die Elegancia des Komplimentierstils wie ein dicker Schleier über dem eigentlichen Gehalt der Mitteilungen. Man gab sich anders, als man

war; etwa so, wie man gern sein wollte. Intimere Tatsachen vertraute man sehr häufig dem Papier nicht an. Der Graf Castiglione schreibt z. B. an seine Mutter: „Ich schreibe so offenherzig, weil ich meinen zuverlässigen Boten habe, sonst würde ich es nicht tun.“ Die sicheren Boten waren aber bei den beständigen Kleinkriegen eine Seltenheit. Man muß also zwischen den Zeilen lesen können — eine Kunst, die letzten Endes freilich jedes literarische Erzeugnis herausfordert, denn was läßt sich mit armseligen Worten allein auf dem Papier mitteilen?

Die Auswahl der Briefe ist ziemlich begrenzt: Petrarca, Boccaccio, Ariost, Lorenzo Medici, Machiavell, Castiglione, Federigo Gonzaga, Aretino, Tizian, Caterina da Siena, Alessandra Strozzi — das wären die bekannteren Namen. Ich vermisse neben Poggio, dem wir u. a. eine überaus farbige Schilderung deutschen Babellebens verdanken, den feinen Kopf Enea Silvio, der zu schlecht wegkommt, ferner ein paar geistreiche Charakterköpfe aus dem römischen Alerus; schließlich durfte auch Michelangelo nicht fehlen, mag er auch in eine spätere Zeit hineingewachsen sein, als die Sammlung zu charakterisieren unternimmt. Im ganzen charakterisiert sie, vom Verfasser klug ergänzt und zusammengehalten, vortrefflich.

Eugen Kalkschmidt



## Adele Schopenhauers Tagebücher



ie Schwester des berühmten Philosophen war ausgesprochen häßlich. Levin Schücking schreibt über sie in seinen Lebenserinnerungen (II 41): „Die Grazien waren von ihrer Wiege in einer wahrhaft empörenden Entfernung geblieben; die große, knochige Gestalt trug einen Kopf von ungewöhnlicher Häßlichkeit, der nicht im mindesten an den Philosophen erinnerte, sondern in ganz eigener Weise Viktor Hugos großes Wort ‚Le laid c'est le beau‘ zu bestätigen gewußt hatte. Er war rund wie ein Apfel, er wäre vom Typus der Tataren gewesen, wenn er in seiner eigensinnigen Originalität nicht jedes Typus gespottet hätte.“ „Aber,“ fügte er hinzu, „ein paar ernste, treue Frauenaugen leuchteten aus diesem Kopf, und niemand konnte sie kennen lernen, ohne sich bald von ihr angezogen zu fühlen, von einem Charakter von seltener, anspruchloser Tüchtigkeit und einer Bildung von ganz ungewöhnlicher Gründlichkeit und überraschendem Umfang.“

Eine gewaltige Tragik lastete auf ihrem Leben. Erst war sie häßlich und kränklich, doch in äußerlich glänzenden Verhältnissen, später gesellte sich noch die Armut hinzu, da alterte sie jung. Ihre Jugend verlief freudlos. Zwischen Bruder und Schwester stand die Mutter mit ihrem Groll gegen den Sohn, und zwischen Mutter und Tochter stand der böse Hausgeist Gerstenbergk, der Hausfreund der Mutter, in dem Adele instinktiv einen Feind witterte. Nach außen hin machte Haus- und Familienleben einen großartigen Eindruck: Die geistvolle Reise- und Roman-